

# **Flüchtlinge retten! Grenzen öffnen! Rassismus stoppen!**

## **Willkommenskultur stärken!**

Beschluss des 8. Landesparteitages der LINKEN. Hessen

Ca. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung, Vergewaltigung, Hunger und Elend. Von diesen werden nach Einschätzung der Bundesregierung voraussichtlich in diesem Jahr bis zu 800 Tausend Zuflucht in Deutschland suchen.

Eine Hauptursache für diese Fluchtbewegungen sind die verheerenden Kriege die unter der Führung der USA und der teilweisen Beteiligung Deutschlands in Afghanistan, im Irak, auf dem Balkan und in etlichen afrikanischen Staaten geführt wurden und werden. So werden Terrororganisationen wie z. B. der Islamische Staat (IS), indirekt unterstützt und auch von mit Deutschland verbündeten Ländern ungehindert mit Geld und Waffen beliefert. Für die Bevölkerung ist meist die Flucht die einzige Chance zu überleben.

Jeden Tag sterben Männer, Frauen und Kinder auf ihrem entbehrungsreichen Fluchtweg nach Europa. Hauptursache dafür ist die Flüchtlingsabwehrstrategie der EU. Mit Hilfe der Grenzschutzagentur Frontex wird Europa immer mehr zu einer Festung, deren Hauptzweck darin besteht Kerneuropa vor den Geflüchteten abzuschirmen. Die Geflüchteten werden dadurch erst in die Arme der Schlepper getrieben.

Die Nachbarstaaten Syriens und Iraks haben trotz eigener großer wirtschaftlicher Probleme Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Dort kommen auf 4-5 Millionen Einwohner eine Million und mehr Flüchtlinge.

Das Grundrecht auf Asyl verpflichtet Flüchtlingen zu helfen, Menschen vom Balkan dürfen nicht ausgenommen werden. Ethnische Minderheiten wie Sinti und Roma fliehen vor politischer Willkür und Gewalt in ihren Heimatländern und daraus resultierender existenzieller Not und Perspektivlosigkeit. Ebenso indiskutabel ist die Forderung, Flüchtlinge unter Verwertbarkeitskriterien für die Wirtschaft zu erfassen. Die LINKE lehnt jede weitere Aushöhlung oder Verschärfung des Grundrechts auf Asyl kategorisch ab und wird sich im Falle einer weiteren Verschärfung an den stattfindenden Protesten beteiligen.

Wir fordern von der Bundesregierung und der hessischen Landesregierung:

- uneingeschränkte Gewährleistung des individuellen Grundrechts auf Asyl, menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren für alle Flüchtlinge;
- Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege nach Europa - statt die Festung Europa weiter auszubauen, um das Sterben der Flüchtlinge an den EU-Grenzen zu beenden. Dadurch werden kriminelle Machenschaften von Schleppern am besten bekämpft, nicht durch Militäreinsätze;
- Sicherstellung einer menschenwürdigen und dezentralen Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge durch Übernahme der Kosten durch Bund und Land
- die Landesregierung ist in der Pflicht, eine menschenwürdige Aufnahme auch in den sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten. Die Unterbringung in Zelten, muss zugunsten winterfester Quartiere beendet werden.;
- um eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zu realisieren, muss der soziale Wohnungsbau intensiviert werden. Sozialwohnungen werden insbesondere in den Ballungszentren und Universitätsstädten dringend benötigt, um die

Wohnungsversorgung für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen sicherzustellen. Benachteiligte Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch leerstehender Wohnraum muss verstärkt genutzt werden. Es müssen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, bei großem Wohnungsleerstand diese dem sozialen Wohnungsmarkt zuzuführen. Eigentum verpflichtet!

- Reichtum besteuern, statt Flüchtlinge und andere Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Es darf nicht sein, dass die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten dazu genutzt wird, weitere Einschnitte in den Sozialstaat zu rechtfertigen. Um nicht Geflüchtete und andere Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, müssen Konzerne, Millionäre und Spitzenverdiener wieder angemessen besteuert werden.
- Die Landesregierung und die Kommunen sind gefordert, ausreichend medizinische, psychologische und sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge zu gewährleisten sowie Lehrpersonal an Schulen aufzustocken. Deutschkurse von Anfang an und die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung müssen gewährleistet werden. Ausgrenzende Gesetze und Regelungen gehören abgeschafft;
- Unterstützung und Wertschätzung der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich außerordentlich für Menschen in Not engagieren und bereits eine vorbildliche Willkommenskultur praktizieren;
- Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge! Stopp von Waffenexporten und Militäreinsätzen! Beendigung der Zusammenarbeit mit autoritären Regimen und Diktatoren! Massive Umweltzerstörung durch Ausbeutung der Rohstoffvorkommen und der natürlichen Ressourcen (z.B. durch Landgrabbing und Freihandelsabkommen) sind zu stoppen. Eine neue deutsche Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik ist notwendig, deren Leitgedanke aus sozialer Gerechtigkeit und Solidarität besteht;
- der steigenden Anzahl von rassistisch motivierten Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte muss mit allen politischen und rechtlichen Möglichkeiten entgegengetreten werden.